



Wo bleibt der Ruf nach mehr politischer Bildung?

Die Regierungskrise zeigt, wie leicht demokratische Institutionen unterwandert werden können. Die Nonchalance ist gefährlich, vor allem für die junge Generation.

Das Video ist lustig, keine Frage. Eine junge Frau mimt Menschen aus aller Welt, die über die österreichische Regierungskrise in der Zeitung lesen: erschrockene Blicke, Staunen, Schock. Und dann spielt sie persifliert eine Österreicherin: Vor der Kulisse eines klassischen Wiener Kaffeehauses gähnt sie beim Lesen und macht eine wegwerfende Handbewegung. Nichts Neues.

Auf den sozialen Medien wurde das kurze Video oft geteilt, vor allem von jungen Menschen. Es hält der Nonchalance der österreichischen Bevölkerung einen Spiegel vor. Bestechung, Bestechlichkeit, Untreue in unmittelbarer Nähe der Regierung, regt uns alles nicht so auf. Wir mokieren uns lieber über die Kraftausdrücke in den Chats, lachen über die mit türkiser Creme gefüllte „Opferrolle“, die in einem Café serviert wird, und beschäftigen uns mit den Familienverhältnissen von Alexander „Schalli“ Schallenberg, dem neuen Bundeskanzler.

Im Schmach geht verloren, dass dieser Tage vor allem junge Menschen fatale Lehren fürs Leben machen. Denn Sebastian Kurz gibt ein furchtbares Vorbild ab. Als jüngster Kanzler Österreichs hätte er – ob man mit ihm politisch übereinstimmt oder nicht – junge Menschen motivieren und eine Identifikationsfigur bieten können: Schaut her, mit Engagement und Geschick könnt auch ihr in der Politik mitbestimmen. Und was tut er stattdessen? „Ich wollte immer etwas Anständiges machen und nicht in die Politik gehen“, erklärte er im ORF-„Sommergespräch“, wie Anneliese Rohrer an dieser Stelle analysierte: Mit der flapsigen Formulierung bestärke er „die Gewissheit in der Bevölkerung, dass Anständiges und Politik zwei verschiedene Paar Schuhe sind“. Und lieferte mit den aktuellen Vorwürfen einen Beweis für diese Gewissheit gleich mit.

Er stößt auf einen fruchtbaren Boden des Pessimismus und des Zweifels an der Demokratie. Laut Demokratiemonitor 2020 hat ein Drittel der 16- bis 26-Jährigen illiberale Demokratievorstellungen, kann sich also beispielsweise eine starke Führungsfigur vorstellen; sechs Prozent

lehnen die Demokratie sogar ab. Knapp mehr als die Hälfte glaubt, dass das Leben für die junge Generation einmal „eher schlechter“ wird, als es bereits ist.

Es ist einfacher, über Memes zu lachen, die Politikerinnen und Politiker als korrupt, Parteien als machtlos, die Institutionen als unentschlossen darstellt, als sich damit zu beschäftigen, wieso politische Entscheidungen lang dauern, wann das Berücksichtigen unterschiedlicher Interessen zu Bestechlichkeit wird oder wie eine sinnvolle Machtaufteilung aussehen kann. Ein solches politisches Denken muss man lernen, und das sollte in der Schule erfolgen. Tut es zwar, aber nicht ausreichend.

“

Sebastian Kurz gibt ein furchtbares Vorbild ab. Als jüngster Kanzler Österreichs hätte er junge Menschen motivieren können.

Politische Bildung ist lediglich an Berufsschulen ein eigenes Unterrichtsfach, an anderen Schultypen sind die Inhalte Pflichtmodule anderer Fächer. Es ist zudem ein Unterrichtsprinzip, das in alle Gegenstände einfließen soll – was meist leichter gesagt als getan ist. Schließlich konkurriert politische Bildung mit neun weiteren Prinzipien, von Gesundheitsförderung bis Wirtschaftserziehung. Anders als beim Ethikunterricht, der seit diesem Schuljahr für Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, verpflichtend ist, müsste man für die Einführung eines neuen Fachs anderen Fächern Stunden wegnehmen, oder Geld für zusätzliche Schulstunden locker machen. Darüber will sich aktuell politisch niemand wagen.

Wenn Schockierendes geschieht, wie etwa zuletzt der Terroranschlag in Wien vor einem Jahr, ist der Ruf nach mehr politischer Bildung schnell da. Man müsse früh ansetzen, Demokratie lehren, und so weiter. Und jetzt? Wo offensichtlich wird, wie versucht wurde, unsere demokratische Ordnung zu unterwandern, bleibt ein solcher Ruf aus. Das sind wir der jungen Generation aber schuldig. Damit sie über die Nonchalance der österreichischen Bevölkerung zwar lachen kann, aber auch weiß, warum diese so gefährlich ist.

Zur Autorin:

Anna Goldenberg ist Journalistin und Autorin („Versteckte Jahre. Der Mann, der meinen Großvater rettete“, 2018, Paul Zsolnay) und lebt in Wien. Sie schreibt über Medien und Politik für den „Falter“.

Morgen in „Quergeschrieben“:
Christian Ortner